Gemeinderat stimmt 2 Baugesuchen zu Gremium bewilligt Zuschuss für Sturmschaden an der Einzäunung der Tennisplätze

Der Gemeinderat konnte den beiden vorliegenden Baugesuchen zustimmen. Beim Gebäude Gifhof 3 auf Flurstück 1236/1 ist ein Umbau mit Erweiterung im Dachgeschoss geplant. Zudem lag dem Gemeinderat ein Nachtragsbaugesuch für den Umbau im bestehenden Gebäude Mooswald 15 vor. Dort wurde die Nachtragsgenehmigung für den Einbau von Wohnräumen im Ober- und Dachgeschoss beantragt.

Bedingt durch das Sturmtief „Sabine“ hatte der Tennisclub einen erheblichen Schaden an der Einzäunung der Tennisplätze zu verzeichnen. Durch umstürzende Bäume muss ein wesentlicher Teil der Einzäunung ersetzt werden. „Da eine Fremdvergabe doch erhebliche Kosten verursacht, hat sich der Tennisclub entschlossen, die Wiederherstellung des Zaunes in Eigenregie durchzuführen. Trotzdem werde mit Materialkosten von 800-1200 € gerechnet. Da es sich nicht um eine grundsätzliche Investition handelt, sondern um ein Schadensereignis, schlug Bürgermeister Norbert Swoboda vor 50 % der Materialkosten, also 400 bis 600 € als Zuschuss zu gewähren. Diesem Vorschlag konnte der Gemeinderat mit großer Mehrheit zustimmen.

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde regte Manfred Haas an zu überlegen, ob die Gemeinde Lauterbach auch der Initiative gegen Motorradlärm, wie die Stadt Schramberg, beitreten kann. Auch Ansgar Fehrenbacher unterstützte dieses Ansinnen grundsätzlich. Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass Städte und Gemeinden mit entsprechend qualifizierten Straßen, wie beispielsweise Bundesstraßen, verpflichtet sind, Aktionspläne zu erstellen. Diese Verpflichtung trifft auf Lauterbach nicht zu. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die hohen Kosten, die entsprechende Hinweisdisplays auslösen. „Eine rechtliche Handhabe hat man trotz dieser Lärmdisplays dann aber doch nicht“, gab er zu bedenken. Er schlug vor, hier gezielt einzelne und in der Regel bekannte Fahrer anzusprechen. Auch Sonja Rajsp sprach sich eher gegen entsprechende Displays, die den Motorradlärm messen können, aus. „Versuche in anderen Gemeinden haben schon ergeben, dass einzelne Motorradfahrer sich an diesen Stellen gegenseitig in der Lärmentwicklung übertreffen wollen und somit dort ein nicht gewollter Gegeneffekt eintritt“, gab sie zu bedenken.

Im Rahmen der Anfragen sprach Doris Moosmann die Anzahl der zulässigen Kinder auf den Kinderspielplätzen aufgrund der Corona Pandemie an. „Diese Zahl erscheint mir doch jeweils sehr hoch“, sagte sie. Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass die Vorgaben des Landes besagen, dass eine Fläche von 10 m² je Kind vorgegeben ist und die Gesamtfläche des Spielplatzes berücksichtigt werden soll. „Daraus ergibt sich dann die maximale Zahl an Kindern, die gleichzeitig den Spielplatz benutzen dürfen“, folgerte er.

Eine weitere Anfrage von Doris Moosmann betraf den „Waldmännle-Weg“ oberhalb des Neubaugebiets Richtung Fehrenbacherhof und Wursthof. „Dort ist ein kurzes Stück mit Wurzeln übersät und es ist vor allem für Familien mit Kindern und insbesondere

Kinderwägen schwierig auf dem sonst so beliebten Wanderweg zu gehen. Bürgermeister Norbert Swoboda sicherte zu, dass sich der Bauhof den entsprechenden Abschnitt anschaut und ermittelt, ob dort Abhilfe geschaffen werden kann. Zum wiederholten Mal sprach Ansgar Fehrenbacher eine unsachgemäße Straßenquerung der Landesstraße auf Höhe der Abzweigung „Käppeleshof“ an. Bürgermeister Norbert Swoboda und Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilten mit, dass diese Stelle bereits mehrfach bei der Straßenmeisterei angemahnt worden ist. Ebenfalls wiederholt sprach Ansgar Fehrenbacher das Gelände des früheren Hallenbades im Bereich Rainlebühl/Hasenhof an. „Bereits seit vielen Jahren wird der dortige Platz als Lagerplatz für Baumaterialien und Vieles mehr genutzt. Die Anlieger hätten diese Situation jetzt über viele Jahre toleriert und es müsse in dieser Hinsicht endlich Abhilfe geschaffen werden. Er forderte, den Platz nicht weiter als Lager und Umschlagplatz zu nutzen. Auf Anfrage von Sonja Rajsp wurde bestätigt, dass im Zuge der Wiederherstellung des Rathausvorplatzes entsprechende Leerrohre bis in den Bereich einer eventuell zu erstellenden Infotafel verlegt werden. Erich Fehrenbacher sprach den neuen Waldweg im Bereich Rotwasser an und teilte mit, dass dieser gelegentlich von verschiedenen Motorradfahrern genutzt wird. In diesem Zusammenhang wird mit dem zuständigen Revierförster geprüft, ob eine Schranke angebracht werden kann.

Geräte für Rissesanierungen zur Straßenunterhaltung für den Bauhof werden beschafft

Die Gesamtkosten von rund 8.000 € sind im Haushaltsplan 2020 finanziert

„Bereits mehrfach wurde im Gemeinderat bzw. im Ausschuss für Umwelt und Technik die Beschaffung eines Arbeitsgeräts zur Rissesanierung angesprochen“, teilte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp mit. Verschiedene Geräte wurden den Mitarbeitern des Bauhofes zuletzt auch dem Ausschuss für Umwelt und Technik am 24.09.2019 vorgeführt. Bei der seinerzeitigen Vorführung konnte jedoch keines der Geräte richtig überzeugen. Vereinbart wurde seinerzeit, dass nochmals Ausschau nach einem verbesserten Gerät gehalten wird. Zudem sollen dann dafür Kosten eingeholt werden und es wurde vereinbart, hierüber nochmals zu beraten und zu entscheiden. Er teilte mit, dass im Haushaltsplan 2020 für diese Beschaffung 8.000 € zur Verfügung stehen. „Bei der Beschaffung handelt es sich eigentlich um 2 Geräte. Erforderlich ist ein Heißluftlansenbrenner zur Vorbehandlung und Säuberung der Risse und ein Aufschmelz-Verguss-Gerät zum Erhitzen und Ausbringen der Vergussmasse. Nach nochmaliger intensiver Recherche kommt lediglich ein Heißluftlansenbrenner der Firma Nadler Straßentechnik zum Gesamtpreis von 2.874 € und ein Aufschmelz-Verguss-Gerät der Firma Grün zum Gesamtpreis von 5.105 € in Frage. Die gesamte Investition wird sich dann auf 7.979 € (brutto) belaufen, teilte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp mit.

"Die Beschaffung ist aus Sicht der Verwaltung und des Bauhofes sehr sinnvoll, da mit diesen Geräten Rissesanierungen an der Gemeindestraße selbstständig durchgeführt werden können und sich somit die Lebensdauer der Gemeindestraßen erhöhen wird", bilanzierte er.

Auf Anfrage von Martin King teilte Bauhofleiter Felix Belke mit, dass eine Vorführung der Geräte im Vorfeld nicht möglich war. Bauhofleiter Felix Belke bestätigte jedoch, dass die vorgeschlagenen Geräte absolut infrage kommen und im Bauhof auch entsprechende Kapazitäten vorhanden sind, damit die Geräte entsprechend genutzt werden. Erich Fehrenbacher wies darauf hin, dass mit den Geräten die Lebensdauer der Straßen wesentlich verlängert werden können. „Aus meiner Sicht amortisieren sich die Geräte innerhalb relativ kurzer Zeit“, gab er zu bedenken. Tobias Fehrenbacher erkundigte sich ebenfalls nach den personellen Ressourcen im Bauhof. Martin King stellte das „Kosten-Nutzen-Verhältnis“ in den Raum. Er und Ansgar Fehrenbacher schlugen vor, zunächst zu prüfen, ob eine Fremdvergabe anstelle von Beschaffungen sinnvoll ist. Letztlich beschloss der Gemeinderat dann doch mit großer Mehrheit, die beiden angebotenen Geräte zur Rissesanierung zum Gesamtpreis von 7.979 € (brutto) zu erwerben. Die Finanzierung erfolgt über die im Haushaltsplan 2020 bereit gestellten Mittel in Höhe von 8.000 €.

Kindergartenbeiträge für April und Mai 2020 werden ausgesetzt

„Aufgrund der Coronakrise wurden die Kindergärten in Baden-Württemberg seit 17.03.2020 bis auf weiteres geschlossen. Betroffen sind hiervon auch die Geschwister-Heine Kindergärten in Lauterbach“, teilte Kämmerer Alexander Hofer mit. Er gab zu bedenken, dass in vielen Landkreisen, Städten und Gemeinden zwischenzeitlich Beschlüsse gefasst wurden, dass die Beiträge für die Monate April und Mai 2020 von den Eltern nicht erhoben werden. Er gab bekannt, dass die katholische Kirchengemeinde als Träger, die Rechnungen für die Kindergartengebühren selbst ausstellt. Aktuell seien diese aufgrund der Corona-Krise ausgesetzt. Entsprechend seinem Vorschlag stimmte der Gemeinderat der Gebührenausssetzung für die Monate April und Mai 2020 zu.

Gebühren für die verlässliche Grundschule und die Bläserklasse werden ebenfalls für April und Mai 2020 ausgesetzt

Aufgrund der Coronakrise wurden die Schulen Baden-Württemberg seit 17.03.2020 bis auf weiteres geschlossen. Betroffen sind hiervon auch die verlässliche Grundschule und die Bläserklasse der Gemeinde. Kämmerer Alexander Hofer teilte mit, dass in vielen Landkreisen, Städten und Gemeinden zwischenzeitlich Beschlüsse gefasst wurden, dass die Beiträge für die Monate April und Mai 2020 nicht erhoben werden. Er schlug vor, die Gebühren für die verlässliche Grundschule und die Bläserklasse für die beiden Monate auszusetzen. Diesem Vorschlag konnten sich die Mitglieder des Gemeinderates einstimmig anschließen.

Gemeinderat stimmt Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schramberg zu Gutachterausschuss künftig bei der Stadt Rottweil angesiedelt

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass der Gemeinderat am 16.9.2019 beschlossen hat, dem gemeinsamen Gutachterausschuss Rottweil beizutreten. Zwischenzeitlich liege die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung des gemeinsamen Gutachterausschusses vor. Dem Ausschuss seien folgende Kommunen beigetreten: Aichhalden, Bösinggen, Deißlingen, Dietingen, Dunningen, Eschbronn, Hardt, Lauterbach, Rottweil, Schenkenzell, Schiltach, Schramberg, Villingendorf, Wellendingen und Zimmern.

Er gab zu bedenken, dass bisher wie vereinbart, die Verwaltungsgemeinschaft Schramberg die Aufgaben des Gutachterausschusses erledigt hat.

„Aufgrund der Übertragung an den Gutachterausschuss Rottweil ist die öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Schramberg zu ändern. Formell gebe die Stadt Schramberg die Aufgaben des Gutachterausschusses an die Nachbargemeinden Aichhalden, Hardt und Lauterbach zurück, damit diese anschließend an den gemeinsamen Gutachterausschuss Rottweil übertragen werden können“, teilte er mit.

Ansgar Fehrenbacher bedauerte, dass mit der Übertragung der Aufgaben des Gutachterausschusses von Schramberg nach Rottweil eine weitere Zuständigkeit des Mittelbereichs Schrambergs in die Kreisstadt Rottweil wandert. „Ich hätte es sehr begrüßt, wenn die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für alle genannten Gemeinden in Schramberg angesiedelt worden wäre“, bedauerte er.

Abschließend konnte der Gemeinderat dann jedoch der Änderung bzw. Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schramberg zustimmen.

Bebauungsplan „Adler Fohrenbühl“ als Satzung beschlossen Abwägung der Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss durch den Gemeinderat

Kurz vor dem Abschluss steht das Bebauungsplanverfahren „Adler Fohrenbühl“. Der in der Gemeinderatssitzung anwesende Diplom-Ingenieur Sebastian Rolfes vom Ingenieurbüro Gfrörer teilte mit, dass die Träger öffentlicher Belange, dies sind die betroffenen Behörden, im Zeitraum vom 9. März bis 9. April 2020 angehört worden sind. Er gab bekannt, dass während der Auslegungsfrist erneut Stellungnahmen von verschiedenen Behörden eingegangen sind. Diese konnte er gemeinsam mit der jeweiligen Stellungnahme detailliert erläutern. Er gab zu bedenken, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligung keine Stellungnahmen vorgebracht worden sind. „Im Rahmen der Sitzung sind die Stellungnahmen nun zu prüfen und die öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Wenn die Abwägungen vorgenommen sind, kann dann der Bebauungsplan als Satzung beschlossen werden“. Anschließend ging er detailliert auf die eingegangenen Stellungnahmen ein. „Wesentlich ist die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Landratsamtes hinsichtlich des naturschutzrechtlichen Ausgleichs. Diese Stellungnahme ist entsprechend berücksichtigt und der erforderliche öffentlich-rechtliche Vertrag zwischenzeitlich abgeschlossen“, sagte er. Auch die restlichen Stellungnahmen von verschiedenen anderen Behörden konnten entweder in den Bebauungsplan eingearbeitet werden oder mussten lediglich zur Kenntnis genommen werden, sodass der Gemeinderat die entsprechende Abwägung vornehmen konnte. Zudem wurde die Verwaltung beauftragt,

die Öffentlichkeit, die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen erhoben haben, vom Abwägungsergebnis in Kenntnis zu setzen. Außerdem beschloss der Gemeinderat den Bebauungsplan „Adler Föhrenbühl“ als Satzung. Letztlich wurde die Verwaltung beauftragt, den Bebauungsplan ortsüblich bekannt zu machen und die Satzung im Anzeigeverfahren dem Landratsamt Rottweil vorzulegen.

Lagebericht zur Corona-Pandemie in Lauterbach im Gemeinderat

Einen ausführlichen Lagebericht zur Corona Pandemie in Lauterbach erstattete Bürgermeister Norbert Swoboda im Rahmen der Gemeinderatssitzung. Er verwies zunächst auf die unzähligen Bestimmungen, Verordnungen und Gesetze zur Corona-Krise in den letzten Wochen, die fast unüberschaubar sind. Er gab bekannt, dass es in Lauterbach bis zum 11. Mai 6 infizierte Personen gegeben hat, wobei 2 Personen bereits wieder genesen sind. Anschließend erläuterte er das Procedere in der Verwaltung mit den entsprechenden Quarantäneverfügungen für Infizierte und Kontaktpersonen.

"Wir haben versucht, die Flut von Informationen zu bündeln und diese jeweils an Betroffene weitergegeben", sagte er. Zudem habe die Verwaltung, hier sprach er einen Dank an Dagmar Fischer aus, neue Verordnungen, Bestimmungen und Pressemitteilungen möglichst rasch und dies auch an Wochenenden auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht, sodass immer aktuelle Informationen zur Verfügung standen. Ausführlich ging er auf den derzeitigen Sachstand mit Stand vom 11.05.2020 ein und nannte die zulässigen Aktivitäten, aber auch die Einschränkungen und Lockerungen in allen Bereichen.

Anschließend zitierte er ausführlich den Bericht von Kindergartenleiterin Theresia Buchholz. "Im Kindergarten nutzten zunächst lediglich 2 Kinder die Notbetreuung. Diese fand in der Stammgruppe der Kinder und durch das bekannte Personal statt. Nachdem die Gemeinde die Anmeldeformulare für die erweiterte Notbetreuung ab 27. April auf der Homepage veröffentlicht hatte, konnten sich Eltern dann direkt an den Geschwister-Heine-Kindergarten für diese anmelden. Momentan werden in der Kinderkrippe 5 Kinder betreut, sodass diese, da nur die Hälfte der Plätze belegt werden kann, voll ist. In den verschiedenen anderen Kindergartengruppen werden derzeit insgesamt 13 Kinder betreut. Diese sind ihren Stammgruppen zugeordnet und die Betreuung wird von den Bezugserziehern vorgenommen. Dabei wird auf eine entsprechende Trennung geachtet und die vorgegebenen Verhaltensregeln werden eingeübt und eingehalten. Zudem gibt es einen Hygieneplan, der den Verhältnissen angepasst ist. Das Personal des Geschwister-Heine-Kindergartens war auch in der kinderfreien Zeit nicht untätig. Zunächst wurde der Großputz, der immer vor den Sommerferien stattfindet, durchgeführt. Für die Seniorenresidenz wurden ca. 200 Masken genäht. Außerdem konnte das Personal liegen gebliebene Dinge aufarbeiten, insbesondere da im ersten halben Jahr 2020 zwei volle Stellen beim Personal gefehlt haben und so der Hauptaugenmerk auf der Betreuung der Kinder lag und die Nachbereitungszeit zu kurz kam. Weiterhin gelte es, auf die immer wieder kurzfristigen Änderungen zu reagieren

und sich entsprechend einzustellen, um den Betrieb nach den vorgegebenen Hygiene-Bedingungen aufrecht erhalten zu können.

Anschließend berichtete Rektorin Sandra Winterhalter über die Situation der Grundschule. Auch sie sprach von unzähligen Informationen und vielen Änderungen, die viel Arbeit im administrativen Bereich erfordern. Sie teilte mit, dass in der ersten Zeit für ca. 3 Wochen Lernpakete an die Schüler übersandt worden sind. "Wichtig war es uns, alle Kinder zu erreichen und im Dialog zu bleiben. Wir haben uns für ein Abhol- und Bringsystem mit entsprechenden Wochenplänen entschieden. Die Kolleginnen kontrollieren, die Schüler arbeiten und die Eltern ziehen gut mit. „Teilweise werde digital gearbeitet, die Notbetreuung sei in letzter Zeit lediglich von einem Kind in Anspruch genommen worden. Es gebe einen umfassenden Hygieneplan und die Grundschule sei für die Wiederaufnahme gerüstet. Zunächst werde die 4. Klasse ab 18. Mai in 2 Gruppen unterrichtet. Nach Pfingsten ist vorgesehen, alle Schülerinnen und Schüler wieder zu unterrichten, voraussichtlich werde wöchentlich abgewechselt, sodass in einer 1. Woche zum Beispiel die 1. und 3. Klasse und in der 2. Woche die 2. und 4. Klasse und dann immer im Wechsel unterrichtet werden. Jede Lehrkraft bleibe immer in der jeweiligen Gruppe. Die verlässliche Grundschule sei bisher nicht notwendig gewesen und es sei vorgesehen, diese auch bis zum 15. Juni noch nicht wieder einzurichten. Für die Seniorenresidenz berichtete Ulrike Hoffmann ausführlich über die Einschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie. Die Seniorenresidenz bezeichnete sie als hochsensiblen Bereich. Bereits Mitte März sei die Tagespflege eingestellt und sehr frühzeitig sei das Haus für Besucher geschlossen worden. Zu Beginn der Pandemie sei die Ausstattung mit Schutzmaterial schwierig gewesen, wobei jetzt ausreichend Schutzmaterial, außer Schutzkittel, vorhanden ist. Ausführlich erläuterte Ulrike Hoffmann die getroffenen Maßnahmen im Bereich der Seniorenresidenz mit der Einrichtung des Besucherzimmers, mit der Trennung nach Stockwerken und auch mit der teilweisen Trennung von Personal. Sie bedankte sich für die tolle Unterstützung von verschiedensten Seiten und betonte, dass die Dachorganisation der paritätischen Sozialdienste das Haus in Lauterbach tatkräftig unterstützt. Sie gab bekannt, dass auch in der Lauterbacher Seniorenresidenz die Testung durch das Gesundheitsamt ansteht. "Wir hoffen, dass tatsächlich in unserem Haus keine Corona-Infektionen auftreten, aber auch für diesen Fall gibt es entsprechende Planungen“. Ideal wäre aus ihrer Sicht ein Besuchscontainer, da die Überwachung und Regelung für den Eingangsbereich der Residenz nicht ideal ist.

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte anschließend mit, dass die Gemeindeverwaltung seit 11. Mai wieder zu den üblichen Öffnungszeiten im Rathaus erreichbar ist und dass die Schließung aufgehoben ist. Er gab bekannt, dass innerhalb der Verwaltung über das regionale Rechenzentrum Reutlingen verschiedene Zugänge angelegt worden sind, sodass im Notfall und sofern der Bedarf besteht, teilweise Home-Office möglich ist. Er gab zudem bekannt, dass in Teilbereichen, wo dies möglich war, Überstunden und Urlaub abgebaut worden ist.

In der anschließenden Diskussion berichtete Johannes Geprägs von anfänglichen Problemen im Bereich der Lieferung von Schutzausrüstungen aber auch von langen Zeiträumen bis zum Erhalt von Ergebnissen bei Testungen.

Stefan Weinmann warb um Verständnis für den Informationsbedarf des Gemeinderats. "In der Anfangszeit sind die Informationen etwas spärlicher geflossen, deshalb sei die Bitte an die Verwaltung herangetragen worden, entsprechend zu berichten. Für die Mitglieder des Gemeinderates sei es in dieser Ausnahmesituation besonders wichtig, sich zu informieren um gegebenenfalls auch an der Lösung von Problemen mitarbeiten zu können. Bürgermeister Norbert Swoboda verwies in diesem Zusammenhang auf erste Informationen zur Corona-Pandemie in der letzten Gemeinderatssitzung und auf die fortwährenden Veröffentlichungen auf der Homepage der Gemeinde. Zudem erfolgten gerade in letzter Zeit zahlreiche Informationen per E-Mail an die Mitglieder des Gemeinderates. Weiterhin erkundigte sich Stefan Weinmann nach Möglichkeiten, sich digital auszutauschen. Bürgermeister Norbert Swoboda berichtete von vereinzelten Problemen bei bereits stattgefundenen Videokonferenzen. "Leider trifft man dort immer wieder an technische Grenzen" sagte er.

Ein besonderes Dankeschön sprach Rolf Buchholz zum Abschluss des Berichtes zur Corona Pandemie an alle örtlichen Beteiligten aus. Insbesondere nannte er die umfangreiche Arbeit der Gemeindeverwaltung aber auch in Einrichtungen wie Kindergarten, Schule und Seniorenresidenz und Anderer, die zur örtlichen Bewältigung der Corona-Krise beitragen.

Rathausplitter

Da die letzte Gemeinderatssitzung am 17.03.2020 bereits fast 2 Monate zurücklag, hatte Bürgermeister Norbert Swoboda zahlreiche Bekanntgaben für die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Zuhörer zusammengestellt.

Er gab bekannt, dass die Gemeinde eine erste Soforthilfe des Landes im Zusammenhang mit der Corona-Krise in Höhe von 15.422 € erhalten hat. "Damit sollen u.a. die Zahlungen für den Kindergartenmonat April ausgeglichen werden. Das Beitragssoll für den Monat April liegt bei unserem Kindergarten bei 11.907,50 €. Auch für den Monat Mai werden weitere Soforthilfen des Landes zur Verfügung gestellt. Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag Baden-Württemberg haben einen dringenden Appell an die Landesregierung und die zuständigen Ministerien gerichtet, einen finanziellen Schutzschirm über die Kommunen aufzuspannen. Neben den unmittelbaren Belastungen aufgrund der Pandemiebekämpfung wie etwa bei der Beschaffung von Schutzmaterialien und der Bereitstellung von Testungen- und weiteren Versorgungsstrukturen tragen müssen, müssen die Gemeinden in naher Zukunft mit erheblichen Einnahmerückgängen rechnen. Die Einnahmerückgänge werden vor allem in den Bereichen Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und auch bei anderen Zuweisungen erwartet. Mindererträge bei Tourismusabgaben wie der Kurtaxe, dem Fremdenverkehrsbeitrag oder der Bettensteuer werden sich bei uns in Lauterbach ebenfalls bemerkbar machen", teilte er mit.

Er gab bekannt, dass für die Bereiche Rathaus, Gemeindehaus und Grundschule zahlreiche Desinfektionsspender bei Gesamtkosten von rund 2.000 € beschafft worden sind. Ein Spender für das Gemeindehaus sei erfreulicherweise von der Firma Team-four-Automation, Thomas Nagel, gespendet worden, wofür er herzlich dankte.

Er gab bekannt, dass die Abrechnung 2019 der Geschwister-Heine-Kindergärten in Lauterbach und Sulzbach einen Abmangel von 544.660 € ergeben hat. Abzüglich der

Kostenbeteiligung der katholischen Kirchengemeinde mit insgesamt 9.000 € betrage der Kostenanteil der Gemeinde 535.660 €. Erfreulich sei, dass eine Überzahlung von ca. 64.043 € seitens der Gemeinde vorlag. Mit entscheidend für das gute Ergebnis wäre auch gewesen, dass die Geschwister-Heine-Stiftung dankenswerterweise einen um 20.000 € höheren Zuschuss überwiesen hat.

Er gab bekannt, dass im Gemeindehaus im Rahmen der derzeitigen Schließung kleinere Ausbesserungsarbeiten vorgenommen worden sind. In Kooperation mit dem Trachtenverein werde im kleinen Saal eine Lamellenanlage im Fensterbereich beschafft. Die Kosten in Höhe von 1.882 € werden hälftig zwischen Trachtenverein und Gemeinde aufgeteilt.

"Erfreulich ist, dass von der Firma Santec GmbH nun endlich eine Musterfläche an den Mauern am Friedhof angebracht worden ist. Die Versuchsfläche soll mindestens ein halbes Jahr beobachtet werden. Nach Ende der Beobachtungszeit könne dann das weitere Vorgehen hinsichtlich der weißen Verfärbungen besprochen werden. Die Kosten für die Musterfläche belaufen sich auf 3.184 €.

Bürgermeister Norbert Swoboda gab bekannt, dass der Nussbaumverlag, der das Amtsblatt herstellt mitgeteilt hat, dass sich im Zuge der Corona-Krise der Bezugspreis des Amtsblattes auf 21,50 € pro Halbjahr zum 01.07.2020 erhöht. Weitergehende Forderungen des Nussbaumverlages hinsichtlich einer Kostenbeteiligung der Gemeinde seien abgelehnt worden.

Er gab bekannt, dass sowohl die Freiwillige Feuerwehr als auch der DRK Ortsverein digitale Funkmeldeempfänger erhalten haben. Die Umsetzung für die digitale Alarmierung ist allerdings immer noch nicht installiert. Die im Haushalt vorgesehenen Lungenautomaten für die Freiwillige Feuerwehr werden mit einer Sammelbestellung im Landkreis Rottweil beschafft. Zudem sei eine Schlauchpumpe für die Feuerwehr zum Preis von 2.100 € beschafft worden.

Er gab bekannt, dass aufgrund der Verurteilung eines Bürgermeisters einer nordhessischen Gemeinde wegen fahrlässiger Tötung durch Unterlassung die Gemeinde ebenfalls prüfen werde, welche Zäune an Teichen oder künstlich angelegten Wasserflächen gebaut werden müssen. In diesem Zusammenhang ist zunächst eine Kostenermittlung erforderlich. "Unverständlich ist, dass durch das dortige Urteil in der Praxis vermutlich viele Gemeinden gezwungen sind, zahlreiche Seen, Badestellen und sonstige Gewässer einzuzäunen und zu schließen.

Bürgermeister Norbert Swoboda verwies auf die Gesamtkostenzusammenstellung der Sanierung im Bereich Schulhof und Schulgasse. Die derzeitigen vorliegenden Gesamtkosten liegen bei 789.587 €. Beim Klettergerät fehle noch der Fallschutz und abschließend müsse noch die Markierung auf dem Schulhof aufgetragen werden.

Bei der Neugestaltung der neuen Ortsmitte beim Rathausplatz sei mit den Stadtwerken besprochen worden, dass die Hausanschlüsse der Wasserleitungen zu den Gebäuden Schramberger Straße 5 bis 11 in diesem Zuge erneuert werden.

Er gab bekannt, dass die Straßenbaumaßnahme des Landes an der Landesstraße 108 kurz vor der Abzweigung Hinterbach noch bis mindestens 19. Juni andauern wird. So lange ist die verkehrsrechtliche Anordnung ausgestellt.

Weiter gab er bekannt, dass eine weitere Straßenbaumaßnahme an der L 108 der Gemarkung Hornberg oberhalb der Abzweigung Reichenbach eine weitere Vollsperrung erfordert. Die dortige Maßnahme soll am 05.10.2020 mit einer Dauer von ca. 4 Wochen beginnen. Die Maßnahme werde rechtzeitig in der Presse bekannt gegeben und die Gastronomiebetriebe entsprechend unterrichtet, sodass diese Informationen auch auf ihrer Website bereitstellen können.

Außerdem unterrichtete Bürgermeister Norbert Swoboda den Gemeinderat über den Sachstand bezüglich des Ausbaus der Kreisstraße 5528 Richtung Sulzbach. Aufgrund der Kostensteigerung durch die Entsorgung des teerhaltigen Materials muss die Straßenbauverwaltung mit der Thematik in die nächste Sitzung des Kreistages am 18. Mai. Der Baubeginn schiebt sich dadurch allerdings weiter nach hinten und ist frühestens Mitte/Ende Juli, möglicherweise auch erst nach den Sommerferien, möglich. "Da die Straße voll gesperrt wird, ist während der Zeit der Baumaßnahme kein Busverkehr möglich". Die Gemeindeverwaltung werde die Eltern daher anschreiben um zu informieren. Die Eltern können dann wie in anderen Außenbereichen Fahrtkostenzuschüsse über das Landratsamt Rottweil erhalten.

Bürgermeister Norbert Swoboda gab bekannt, dass die Naturschutzauflagen hinsichtlich der Planungen für die Kanalbaumaßnahme Spittel/Welschdorf 11.000 € kosten. Die "schmale Variante der FFH-Verträglichkeitsprüfung" für Spittel/Welschdorf habe das Ingenieurbüro Gförer mittlerweile fertiggestellt und dem Landratsamt übersandt. Beim Mooswald werde ebenfalls ein entsprechendes Angebot erstellt. Hier soll in nächster Zeit ein Termin mit den Behördenvertretern und dem Ingenieurbüro stattfinden um sowohl umwelttechnisch als auch ingenieurtechnisch die optimalste Trasse zu finden.

"Hinsichtlich der Kanalüberprüfungen nach der Eigenkontrollverordnung hat die Gemeinde 50.000 € im Haushaltsplan 2020 eingestellt. Mit dem Ingenieurbüro Gförer wurde festgelegt, dass die Bereiche Imbrand, Benatweg und Eichbusch sowie die Bereiche Kammermartinsdobel, Unterdorf und Schramberger Straße befahren werden sollen. Eventuell reichen die Haushaltsmittel für diese zusammenhängenden Bereiche nicht aus. Wir werden dann einen Vorschlag zur Vergabe erarbeiten, "berichtete der Bürgermeister.

Sehr erfreulich sei, dass das Strukturgutachten zur Wasserversorgung in den letzten Zügen ist und bald im Gemeinderat vorgestellt werden kann.

Im Kammermartinsdobel auf Höhe der Gebäude 36 bis 45 muss die Wasserleitung, die in der Straße verläuft, ersetzt werden. In diesem Zusammenhang wird auch noch geprüft, ob die Wasserleitung aus den sechziger Jahren ab dem Gebäude Kammermartinsdobel 19 ebenfalls ausgetauscht werden muss. Sofern sich die Maßnahme im Hölzle verzögert wäre zu überlegen, ob dort eine Maßnahme durchgeführt werden kann.

Bürgermeister Norbert Swoboda gab bekannt, dass die Gewerbesteuer in diesem Jahr aktuell bei 335.000 € liegt. Im Haushaltsplan sei mit 350.000 € kalkuliert worden. Derzeit trage die Verwaltung allgemein alle aktuellen Zahlen zusammen. Es müsse noch die Maisteuerschätzung abgewartet werden. Derzeit schlage er nicht vor, eine formelle Haushaltssperre auszusprechen. Die Verwaltung werde in bewährter Weise notwendige Investitionen und Maßnahmen vorschlagen und dem Gremium zur Beschlussfassung vorlegen. Ein Nachtragshaushaltsplan müsse ohnehin erstellt werden. Generell sei es sicher sinnvoll, dass die öffentliche Hand investiere um die Konjunktur in Schwung zu halten.

Er gab bekannt, dass die Gemeinde eine Förderung von 3.680 € an 12 Vereine die 368 Jugendliche betreuen, ausgezahlt hat.

Weiter unterrichtete der Bürgermeister die Mitglieder des Gemeinderates über die Abrechnung des Landschaftsentwicklungsverbandes Mittlerer Schwarzwald e.V. für das Jahr 2019. Insgesamt ergäbe sich beim Verband ein Fehlbetrag von 20.978 €. Gemäß dem Verteilerschlüssel betragen die anteiligen Kosten für Lauterbach 3.145 €. In diesem Zusammenhang teilte er mit, dass der Landwirtschaftstag am Boschel leider abgesagt werden musste. Immer schwieriger werde es, die Flächen am Winterberg/Heiligenmatte beweiden zu lassen. Dort sei eine Einzäunung bei Kosten in Höhe von 1.650 € erforderlich gewesen.

Beim Integrationsmanagement für die Flüchtlinge gebe es zum 1. Juni eine personelle Aufstockung. Melissa Otte wird die Nachfolge von Pietro Fiscaro antreten. Sie hat bereits Erfahrung in der Migrationsarbeit und wird von der weiteren Integrationsmanagerin Frau Haag eingearbeitet. Leider konnte die weitere ausgeschriebene Halbtagsstelle, da keine Bewerbungen eingegangen sind, nicht besetzt werden.

Er gab bekannt, dass die Gemeinde dem Gemeindeforum bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg beigetreten ist. Die Mitgliedschaft sei kostenlos und man könne dort Unterstützungsmöglichkeiten zur Förderung des Bürgerengagements erhalten. Aus der nichtöffentlichen Sitzung teilte er mit, dass Michaela Moosmann als neue Mitarbeiterin in der Finanzverwaltung gewählt worden ist. Ihr Dienstbeginn war bereits am 01.05.2019.

Zudem teilte er mit, dass eine Besprechung mit der Geschwister-Heine-Stiftung am 13.05.2020 geplant ist. Die ursprünglich geplante Info-Veranstaltung zum Projektstand des Windparks Falkenhöhe am 27.05.2020 muss leider verschoben werden.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp unterrichtete die Mitglieder des Gemeinderates zum Sachstand bezüglich der Felssicherung am Rabenfelsen. Er gab bekannt, dass das beauftragte Ingenieurbüro Menzel zwischenzeitlich weitere Untersuchungen zu den Sicherungen unterhalb des Pavillons vorgenommen hat. Ursprünglich sei eine Hangsicherung/Verbauung direkt unterhalb des Felsens angedacht worden. "Allerdings ist es so, dass die Hangsicherung unten, direkt oberhalb des Imbranderweges wesentlich einfacher und kostengünstiger erstellt werden kann. Deshalb ist die künftige Planung auch so ausgerichtet. Dies würde allerdings bedeuten, dass der Wanderweg

künftig zwischen Fels und Hangsicherung führen wird“, berichtete er. Die WGV-Versicherung habe hierzu mitgeteilt, dass das Betreten des Waldes und damit auch des Wanderweges grundsätzlich auf eigene Gefahr erfolgt und jeder Gefahren, soweit sie nicht über das normale Maß hinausgehen, als Teil des eigenen Lebensrisikos selbst zu tragen hat. Die weiteren Untersuchungen des Ingenieurbüros Menzel direkt im Fels, haben dann zusätzlich noch ergeben, dass Felsbereiche kurzfristig zu sichern sind. Das Ingenieurbüro Menzel spricht von 7 Einzelbrocken, die nur noch haufwerkartig aufeinanderliegen. Um dort der Gefahr von Felsabgängen vorzubeugen, wird derzeit vom Grundstückseigentümer, der Diözese Rottenburg, die Firma Sachtleben aus Wolfach mit Felssicherungsmaßnahmen beauftragt. Dabei werden Stahldrahtgeflechte eingebaut, um die Gefahrenstellen kurzfristig abzusichern.

Er gab bekannt, dass die Gemeindeverwaltung weiter die unsägliche Bauschutt/Müll/Abfallentsorgungsgeschichte im Bereich des früheren „Deutschen Hofes“ im Unterdorf verfolgt. Dort sei vom Landratsamt bereits vor Monaten ein Bußgeld verhängt worden. Weiter erfolge bisher immer noch keine Abfuhr. zusätzlich werde jetzt auch noch ein Teil des gemeindlichen Parkplatzes belagert. Die Gemeindeverwaltung werde weiterhin mit Nachdruck die entsprechende Ahndung beim Landratsamt Rottweil verfolgen.

Entscheidung zum Buswartehäuschen in der "Neuen Ortsmitte" vertagt

Gemeinderat trifft weitere Entscheidungen zur Ausstattung des Bereiches vor dem Rathaus

Bürgermeister Swoboda teilte mit, dass die Tiefbauarbeiten für die Sanierung der "Neuen Ortsmitte" im Bereich des Rathauses bereits in der letzten Gemeinderatssitzung an die Firma Peter Groß, Infra GmbH aus Villingen-Schwenningen zum Angebotspreis von 572.692 € vergeben worden sind.

Er wies darauf hin, dass bei dieser Vergabe noch zahlreiche Leistungen wie die Möblierung und die Einbauteile, die Kosten für die Elektrotankstelle, die Festplatzverteiler, die Beleuchtung und eine eventuelle Überdachung mit einer Bushaltestelle nicht enthalten sind. Er gab zu bedenken, dass die Gesamtkosten derzeit mit 926.000 € geschätzt sind. Weiter teilte er mit, dass für den Bau der Elektrotankstelle eine separate Ausschreibung erfolgt. "Zu den Standorten der Festplatzverteiler und der Beleuchtung werde zusammen mit der Firma Elektro Ketterer, dem planenden Ingenieurbüro und dem Bauhofleiter die entsprechende Standortauswahl getroffen werden. Bei der Ausstattung verwies er darauf, dass Architekt Christoph Weigel von Baldauf Architekten zwischenzeitlich entsprechende Vorschläge unterbreitet hat. Beim Vergabegespräch am 7. Mai sei bei einem Baubeginn Mitte Juni von einer Bauzeit von 3 Monaten ausgegangen worden. "Bei diesem Gespräch wurde eindringlich darauf hingewiesen, dass die Arbeiten durchgehend und zügig zu erfolgen haben, da sich neben dem Rathaus auch die Praxen eines Arztes und Heilpraktikers, eine Privatwohnung und eine Gaststätte befinden".

Im Zuge der Baumaßnahme müsse auch sichergestellt werden, dass die entsprechenden Zugänge weitgehend möglich sind.

Anschließend ging er auf die mögliche Ausstattung des Platzes ein.

"Hinsichtlich der Vitrine sind wir übereingekommen, hier möglichst eine digitale Lösung zu suchen. Diese könnte von der Tourist-Info im Rathaus, gesteuert werden. Er gab zu bedenken, dass die Entscheidung über eine mögliche Überdachung/eines Buswartehäuschens auch noch zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden kann.

Mit einer entsprechenden Präsentation zeigte Architekt Christoph Weigel die Möglichkeiten im Bereich der geplanten Überdachung/des Buswartehäuschens auf. Nach der ursprünglichen Ausführung in Holz, die nicht die Zustimmung des Gemeinderates fand, stellte er jetzt verschiedene Varianten mit Stahl und Glas vor. Ansgar Fehrenbacher wünschte sich hier mehr den Schwarzwald einzubeziehen um einen Bezug zum Lokalen herzustellen. Er regte an, weitere künstlerische Ideen einzubringen und bat, die Hochschule Furtwangen, die auch im Rahmen der Präsentation "Wilhelm Kimmich in den Schaufenstern" im Gespräch ist, anzusprechen. Georg Buchholz gab zu bedenken, dass aufgrund einzubringender Fundamente im Bereich des Buswartehäuschens bald eine Entscheidung getroffen wird, denn sonst müsse der Platz erneut aufgegraben werden. Stefan Weinmann forderte einen Hingucker oder sogenannten "Eye-catcher" zu kreieren. "Wir brauchen noch mehr Ideen und ich könnte mir gut vorstellen ebenfalls im künstlerischen Bereich oder bei einem weiteren Planer nachzufragen. Genau der Bereich beim Buswartehäuschen ist für Einheimische und Gäste ein prägnanter Bereich". Johannes Geprägs begrüßte eine mögliche Werbefläche mit dem digitalen Display. Architekt Christoph Weigel sprach weitere Möglichkeiten an. "Aus meiner Sicht wäre auch ein kleines Gebäude mit einer Eindeckung mit Schindeln möglich". Der ebenfalls anwesende Planer Sebastian Rolfes verteidigte die leichte Bauweise aus Glas und Stahl. "Dadurch ergibt sich eine gewisse Durchlässigkeit und auch der dahinterliegende attraktive Platz fällt ins Auge des Betrachters. Auch Gemeinderat Erich Fehrenbacher zeigte sich von der Glasstahlkonstruktion überzeugt. Doris Moosmann konnte "dem Buswartehäuschen von der Stange" wenig abgewinnen. Zudem stellte sie die Frage, ob und in welchem Umfang das digitale Display genutzt wird. In diesem Zusammenhang schlug sie vor zu überprüfen, ob dieses gegebenenfalls innerhalb des Rathauses oder im Haus des Gastes angebracht werden kann. Sonja Rajsp bekräftigte die künstlerische Einbindung. "Ich könnte mir vorstellen, dass Professor Aichele von der Hochschule Furtwangen ebenfalls Ideen hat, die für diesen Bereich eingebunden werden könnten".

Letztlich beschloss der Gemeinderat, die Entscheidung hinsichtlich eines Buswartehäuschens und eines Displays im Bereich des neuen Platzes vor dem Rathaus noch zu verschieben. Zudem soll Professor Aichele von der Hochschule Furtwangen eingebunden werden.

Anschließend ging Architekt Christoph Weigel in seiner Präsentation auf verschiedene Sitzgelegenheiten ein. Dort entschied sich der Gemeinderat letztlich für Sitzbänke aus Holz mit Sitzaufgabe. Zudem traf der Gemeinderat weitere Entscheidungen über Müllbehälter und Radbügel, wobei bei den Radbügeln eine sehr gute Variante einer

einheimischen Firma zum Zug kam. Auf die Aufstellung eines Spielgerätes im Vorplatzbereich wurde verzichtet.

Danach ging Bürgermeister Norbert Swoboda auf das Wasserspiel/Fontänenfeld ein. Dieses könne nur von gewissen Fachfirmen ausgeführt werden. Hierfür liege eine Kostenberechnung mit 47.500 € vor. Er gab bekannt, dass dieses Gewerk bereits ausgeschrieben worden ist und dass der Submissionstermin am 15. Mai 2020 stattfindet. Auf seinen Vorschlag hin ermächtigte der Gemeinderat die Verwaltung, die Arbeiten zur Erstellung des Wasserspielfelds/Fontänenfelds an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Erich Fehrenbacher ging abschließend noch auf das Denkmal zur deutschen Einheit ein. Er bat, den großen Gedenkstein mit der Inschrift deutlich sichtbar im Kreuzungsbereich aufzustellen. Hier schlug er die Grünanlage vor dem ehemaligen Volksbankgebäude vor. Bürgermeister Norbert Swoboda sicherte zu, dass diese Variante geprüft wird. In diesem Bereich müsse jedoch auch geprüft werden, ob dort die zahlreichen verlegten unterirdischen Leitungen liegen, zudem wies er auf den notwendigen ausreichenden Straßenabstand hin.